

172. 20. 05. 1997

Schlechte Vorbilder gibt es anscheinend genug

Bodenheimer Bürgerinitiative „Bürger gegen Polder“ informiert SPD-Vorstand / Gutachten mit Spannung erwartet

wbl. BODENHEIM - Auf Einladung des SPD-Ortsvereins hat die Bodenheimer Bürgerinitiative „Bürger gegen Polder“ den SPD-Vorstand über die Bedenken der Bürger hinsichtlich eines Polders im Bodenheimer Unterfeld informiert. Zur Veranschaulichung führte die BI ein Video vor, indem der Stand der Maßnahmen zum Hochwasserschutz am Rhein vorgestellt sowie die bisherigen Erfahrungen der bereits vorhandenen Polder bei Kehl erläutert werden. Ein Sprecher der BI, Manfred Wirobski, betonte, daß ein Bodenheimer Polder bei einem möglichen

Dammbruch sowie aufgrund des Druckwassers eine Gefahr für die Bewohner südlich der Bahnlinie darstelle. Es habe sich gezeigt, daß nach Fertigstellung und Probeflutung der Polder bei Kehl vor mehr als zehn Jahren bis heute noch Nachbesserungen durchgeführt werden müßten, um die dortige Bevölkerung vor Schäden zu schützen. Die Kosten dieser Notmaßnahmen beliefen sich bisher auf rund 78 Millionen Mark, ohne daß die Funktionstüchtigkeit der Polder bisher nachgewiesen werden konnte. Außerdem sei es nicht einsehbar, daß man Polder in dicht-

besiedelten Gebieten errichte und nicht auf bereits bestehende Überschwemmungsgebiete ausweiche.

In weiteren Ausführungen machte die BI deutlich, daß zu befürchten sei, daß Bodenheim mit negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu rechnen habe (Gewerbeansiedlungen) und auch Schaden nehmen werde durch sinkenden Wohnwert und Attraktivitätsverlust als Fremdenverkehrsgemeinde.

Die BI-Vertreter wiesen nachdrücklich darauf hin, daß das Thema Bodenheimer Polder kein parteipolitisches Thema sein dürfe, sondern

sachlich ausdiskutiert werden müsse. Zu heftigen Redebeiträgen kam es, als die BI über mangelnde Unterstützung durch die örtliche SPD klagte, immerhin hätten doch mehr als 500 Bürger per Unterschrift ihre Bedenken und Befürchtungen zu einem Polder im Bodenheimer Unterfeld bekundet. Johannes Steiger von der BI forderte deshalb den SPD-Vorstand auf, Stellung zu beziehen. Dies wurde jedoch seitens des SPD-Vorstandes abgelehnt mit der Begründung, dies erst nach der Erstellung des Druckwassergutachtens tun zu wollen.